

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2007

Nr. 6 · 3. Jahrgang

Links informiert

3 Mindestlohn jetzt!
1. Mai 2007 und weiter

Potsdams neue Stadtteile

6/7 Mitreden in Potsdam –
auch für die Ortsteile?

Urabstimmung

10 DIE LINKE. kommt –
dabeisein, mitmischen



Wer soll das bezahlen?!

Täglich fahren Schüler aus den neuen Ortsteilen in die Potsdamer Innenstadt in ihre weiterbildenden Schulen. Ihre Eltern zahlen dafür monatlich 25,50€. In Potsdam-Mittelmark und in Havel-land werden die Eltern hierbei finanziell entlastet. Potsdam ist aufgefordert, sich auch in dieser Sache als kinderfreundliche Stadt zu zeigen. Die Entscheidung dazu muss im „Haus hinterm Bus“ fallen – endlich! (Siehe SEITE 7)

Auf ein Wort...



Auftrag an die LINKE

Von Kerstin Kaiser

Freuen wir uns! Was die PDS tief im Westen nie geschafft hat, jetzt – kurz vor dem Gründungsparteitag der neuen Linkspartei – ist es da: eine LINKE Fraktion in einem westdeutschen Landesparlament. Und das mit einem stolzen Wahlergebnis, das Anlass zu Selbstbewusstsein (nicht: Selbstzufriedenheit) gibt. Wieder waren es die Arbeiter und die Arbeitslosen, die überdurchschnittlich stark dazu beitrugen. Schon seit Mitte des Jahrzehnts hatten sie sich im Osten stark der PDS, dann – nach deren Gründung – im Westen der WASG und der Perspektive einer neuen gesamtdeutschen LINKEN zugewandt. Das ist keine Belohnung für uns – es ist ein Auftrag! Ein Auftrag an die neue Partei, an jede(n) von uns. Gewählt, um zu verändern – dabei bleibt es. Bremen zeigt, was das bedeutet: Einerseits gewann die LINKE mit der klaren Absage an weitere Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Leistungen. Andererseits gewann sie, die 2005 im Bundestagswahlkampf den gesetzlichen Mindestlohn auf die Tagesordnung gesetzt hatte, angesichts der

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Protest in Rostock und Heiligendamm

Polizeiaktion „unterstützte“ die Mobilisierung zum G8-Gipfel / CDU-Geißler Mitglied bei Attac

Am 9. Mai 2007 durchsuchten mehr als 800 Polizistinnen und Polizisten im ganzen Bundesgebiet über 40 linke Hausprojekte, Wohnungen, Büros und Infoläden. Auch in Brandenburg wurden dabei Durchsuchungen vorgenommen. Hauptziel dieser Polizeiaktion war eindeutig die Kriminalisierung des linken Protests. Die Begründung der Bundesanwaltschaft mit dem politischen Gummi-paragraphen §129a kann ein derartig überzogenes Vorgehen in keiner Weise rechtfertigen. Mit der Beschlagnahme von Servern und Computern sollte offensichtlich die Organisation der Proteste gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm verhindert werden. Die

Polizeieinsätze haben jedoch vielen Menschen, die bislang unentschlossen waren, bei ihrer Entscheidung geholfen, aktiv zu werden und ihre Ablehnung gegen die Politik des selbst ernannten Weltregierungs-zirkels G8 zum Ausdruck zu bringen. So trat sogar EX-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler z. B. deshalb demonstrativ dem Bündnis Attac bei. Attac trete für eine soziale und ökologische Globalisierung ein, so der CDU-Querdenker. Und zu der Polizeiaktion meint der frühere Richter: „Es laufen immer Leute herum, die das Demonstrationsrecht missbrauchen. Aber man kann nicht alle Leute in einen Topf werfen.“ Jetzt müssten diejenigen gestärkt werden, „die für

friedliche Demonstrationen sind und die ein klares NEIN sagen zur Gewaltanwendung.“

Das Anti-G8-Bündnis Potsdam ruft alle Menschen in der Landeshauptstadt auf, sich an der internationalen Großdemo gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zu beteiligen. Wie das Bündnis mitteilte, werden auch aus Potsdam Reisebusse zur Demo am 2. Juni fahren. Vom 6.- 8. Juni 2007 werden sich in Heiligendamm die Staatschefs der acht größten und mächtigsten Nationen der Erde treffen. In Rostock werden deshalb bis zu 100.000 GegendemonstrantInnen erwartet, die ihren Protest gegen die Politik der G8 zum Ausdruck bringen.

Nur kopieren bringt nichts, SPD

Die wichtigste Nachricht des jüngsten Unterbezirksparteitages der SPD ist der Anspruch, stärkste Fraktion werden zu wollen. Das ist nicht neu, denn schon zur Mitte der Wahlperiode verkündete die SPD dieses Ziel. Erreicht werden soll das, indem man die Linkspartei kopieren will, zugleich aber großen Wert auf deutliche Abgrenzung legt. Dieses wenig intelligente und in sich widersprüchliche Vorgehen grenzt an Dummenfang. Die Trittbrettfahrerei funktioniert auch nicht so richtig, wenn man sich an die großarti-

gen Ankündigungen zur Einführung eines SPD-Frühschoppens erinnert, mit dem man der seit 1993 erfolgreich laufenden Veranstaltung „Rathausreport life“ Konkurrenz machen wollte. Nach zwei erfolglosen Angeboten wurde der Frühschoppen wieder eingestellt. Wo sind denn die Angebote der SPD zur Schulpolitik und zu sozialen Fragen in Potsdam? Wer hat denn bessere Bedingungen als die den Ministerpräsidenten und den Oberbürgermeister stellende SPD, ihre Vorstellungen zum Gegenstand

der inhaltlichen Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung zu machen? Wenn z.B. jetzt nach mehr Schulsozialarbeitern gerufen wird, stellt sich schon die Frage, warum die SPD Anfang Mai nicht dem Antrag der Linkspartei zur Ermittlung des realen Bedarfs an Schulsozialarbeitern zustimmen wollte – übrigens im Unterschied zur CDU.

Offensichtlich geht es der Potsdamer SPD weniger um die Stadt als vielmehr um die Eigenprofilierung der Partei. Dabei ist es schon bemerkenswert, dass sich die SPD im Verhältnis zur Linkspartei definiert und dabei völlig die offensichtlichen Disproportionen in der Stadt verkennt. (Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Blockade der Großen Koalitionen in Land und Bund in dieser Frage weiter an Profil. Falsches verhindern und Neues schaffen – um Beides geht es. In Bremen wie in Brandenburg.

(Fortsetzung von SEITE 1)

Statt sich darüber zu freuen, dass eine Partei mit 20 Prozent Wähleranteil 80% der Verwaltungsspitze einschließlich Oberbürgermeister besetzt, wird das scheinbar als Selbstverständlichkeit angesehen. Das ist aber alles andere als eine Selbstverständlichkeit und kann sich schnell ändern.

Die SPD wäre gut beraten, wirklich Verantwortung für die Stadt wahrzunehmen. Das heißt, sich einem fairen Wettbewerb mit der Linkspartei, der CDU und anderen politischen Kräften zu stellen. Dabei darf es nicht um Anspruchsdenken einer Regierungspartei gehen, das mit viel Krawall und Großmäuligkeit vorgetragen wird, sondern um glaubwürdige inhaltliche Angebote. Die Linkspartei ist bereit, sich einem solchen Wettbewerb zu stellen.

Dr. H.-J. Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke – Monatszeitung für die
Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand der
Linkspartei.PDS, Potsdam: **Pete
Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3,
14469 Potsdam. **VERLAG:** petit
edition Potsdam – Verlag und Media-
consult: **Norbert Fiebelkorn**, Verle-
ger: Friedrich-Ebert-Straße 38,
14469 Potsdam (Verlag und Redak-
tionen) **Bernd Martin**, Chefredak-
teur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretari-
at; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9;
email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank
Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100
700 00

DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg.
„PaS“ erscheint monatlich für
12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch
auszugsweise, nur mit schriftlicher
Genehmigung der Redaktion. Veröf-
fentlichungen, die nicht ausdrücklich
als Stellungnahme des Kreisvorstan-
des und/oder der Redaktion gekenn-
zeichnet sind, stellen die persönliche
Meinung des/der Autorin dar. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte
bzw. Fotos kann keine Haftung über-
nommen werden. Für die Veröffentli-
chung von Leserpost behält sich die
Redaktion das Recht sinnwahrer
Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

Zu „Oscar für ‚Das Leben der Anderen‘“, PaS April 07/S. 12**Warum Herr von Donnersmarck den Oscar bekam**

Der deutsche Spielfilm „Das Leben der Anderen“ erhielt als dritter deutscher Film den Oscar. Das rührselige „Stasi“-Drama brachte ihm (von Donnersmarck – d. Red.) schon den deutschen und den europäischen Filmpreis ein. 1,7 Millionen Zuschauer sahen bisher den Film, der bereits in 30 Länder exportiert wurde. Wegen der Schauspielerleistungen, der künstlerischen Gesamtaussage, der umstrittenen Moral des Filmdramas: Saulus wandelt sich zum Paulus? Oder weil einfach der „Zeitgeist“ bedient wurde: Hetze gegen die DDR, Verleumdung des Sozialismus?

Florian Henckel von Donnersmarck erlebte in den USA manche Überraschung. „Bei einer Vorführung steht ein Zuschauer auf und sagt: ‚Der Überwachungsstaat, den Sie in Ihrem Film beschreiben, mag für Sie Vergangenheit sein – bei uns

ist er Gegenwart.‘ (Spiegel 7/2007, S.168 f. - d. Red.) Donnersmarck relativiert und erzählt, wie seine aus Magdeburg stammende Mutter an der innerdeutschen Grenze erniedrigenden Leibesvisitationen unterzogen wurde. Bei der Kontrolle vor dem Flug nach Boston muss er dann aber selbst zweimal durch den Metalldetektor. Sicherheitskontrollen sind nur schlecht, wenn sie an DDR-Grenzen stattgefunden haben. In der Tat: Donnersmarck kann sich als Antikommunist von altem Adel vermarkten. „Denn der Gewinn eines Oscars lässt sich an der Kinokasse in viele Millionen Dollar ummünzen.“ (Spiegel) Es geht also gar nicht um Kunst oder Moral, sondern „um viele Millionen Dollar“. Wie man sieht, besitzt das Thema Staatssicherheit einen erstaunlichen Marktwert.

Prof. Dr. Horst Schneider (gekürzt)

Eine bereichernde Lesung**Elfriede Brüning zu Gast im Potsdamer Stern*Zeichen**

Für mich war die Begegnung mit Elfriede Brüning im Potsdamer Stern*Zeichen bereichernd und belebend zugleich für viele eigene Gedanken. Es ist kein hohes Kompliment, dass man der 1910 Geborenen ihr Alter nicht ansieht. Der Geist ist hellwach und kritisch wie eh und je.

Elfriede Brüning hält ihr Wort, liest aus diesem und jenem. Auch aus dem jüngst erschienenen Bändchen „Gedanken-Splitter“. Vor allem aber nimmt sie das Gespräch und die Fragen zu ganz persönlichen Dingen an, aber auch zu dem Leben in diesem Staat BRD. Sie braucht die Brille nicht, um scharf und vor allem klar zu sehen und zu analysieren.

Es schmerzt, dass in der Wendezeit die DDR-Literatur vieler namhafter Autoren – auch die ihre – auf die Müllkippe gekarrt wurden. Sie dankt ausdrücklich Pfarrer Westkoot in Katlenburg, der von den Müllhalden tonnenweise DDR-Bücher – darunter Klassiker-Ausgaben und kostbare Bildbände – holte und sie in Scheunen aufbewahrte. Ähnliches tat Peter Sodann, der eine DDR-Bibliothek zusammen gestellt hat.

Die zarte Frau spricht über die Bücherverbrennung 1933 in Berlin, als braune Horden sich an

dem geistigen Eigentum des deutschen Volkes vergriffen haben, um es auf ewig zu vernichten. Doch die Bücher von Karl Marx, die Schriften von Einstein und die Werke von Tucholsky, Carl von Ossietzky, von den Mann-Brüdern und, und, und – sie sind lebendig, stehen in Bibliotheken und vor allem im heimischen Bücherschränken. Man sollte sie weit für die Kinder und Enkel öffnen. Dann werden sie auch erfahren, „mit welchen Problemen wir uns in der DDR herum geplagt und wie wir gelebt haben – in diesem Land, das angeblich ein einziges Gefängnis war.“

Der überschaubare Kreis der Zuhörer hatte was Gutes. Es ist fast wie ein intimes Familientreffen. Denn die gekommen sind, kennen fast alles, was Elfriede Brüning geschrieben und uns zu sagen hat.

Aus der Erfahrung eines langen und nicht immer geradlinig verlaufenden Lebens heraus meint sie fast trotzig: „Die Zukunft im Blick werde ich weiter schreiben – bis an mein Lebensende. Denn Schreiben ist mein Leben.“

Und es mögen noch viele Jahre sein, die der Autorin bei guter Gesundheit vergönnt sind.

Helga Bornstädt

Garnisonkirche und Waldstadt

Zu: „Üb' immer Treu und Redlichkeit...“ in „PaS“ Nr. 4 / 2007; S. 3

Die Ausstellung zur Geschichte der Garnisonkirche zeigt, dass sie eine Kirche des Militärs war. Krieg und Hass stehen im krassen Gegensatz zu den Aussagen der Bibel. Deshalb bin ich entschieden gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche!

Und zu: „Hoffen wir, dass das Geld reicht“ in „PaS“ Nr. 4 / 2007; S. 7

Von den angekündigten und „begonnenen“ Arbeiten zur Befestigung des Fußweges zwischen „Zum Teufelssee“ und „Am Moosfenn“ ist bis heute nichts zu sehen!

Christian Arlt, Potsdam

Lebe den Widerstand - 20.000 CDs gegen 8 Staatschefs!

Zur Mobilisierung junger Menschen gegen den G8-Gipfel im Juni wird der Jugendverband [solid] 20.000 CDs mit globalisierungs- und gesellschaftskritischer Musik sowie mit Infos über die G8 kostenlos an Jugendliche verteilen.

Die Künstlerinnen und Künstler haben bereits zugesagt, jetzt benötigt die Projektgruppe Spenden zur Finanzierung der Produktion. Wie schon beim antifaschistischen CD-Projekt „aufmucken gegen rechts“ will [solid] mit kritischer Musik sehr viel mehr Jugendliche erreichen als mit normalen Mitteln möglich ist.

Mit dabei sind Die Busters, Rantanplan, Funny van Dannen, Dritte Wahl, Mellow Mark, Iriè Révoltès, Pyranja, Tequila and the Sunrise Gang und viele andere.

Zahlreiche Abgeordnete und Parteigliederungen der LINKEN haben bereits ihre Unterstützung zugesichert, doch für einen Erfolg werden weitere Spenden gebraucht.

Die Gesellschaft für politische Bildung stellt für Spenden unter dem Stichwort „G8-CD“ an das Konto Nr. 1300 19 201 bei der Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) auf Wunsch Spendenquittungen aus. Kontakt und mehr Infos:

g8-cd@solid-web.de, Tel 03024009419

Felix Pithan

Dach & Wand Ltd. bietet an:
z.B. 100 m² Dach
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)
nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

**Verdienst-
möglichkeit**

Wir suchen für

„Potsdams andere Seiten“

(Potsdam) und

„Märkische Gärtnerpost“

(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow Fläming)

**Medienberater/
Anzeigenverkäufer**

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten

melden sich bitte dienstags oder

donnerstags in unserer Redaktion unter

0331/23 78 49-0.



„Du hast mehr verdient!...“

„... mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit“ – so lautete die „Mai-Losung“, unter der sich auch in Potsdam BürgerInnen verschiedenster politischer Couleur und Partei zur Mai-Demo und anschließend zum traditionellen Mai-Fest auf dem Luisenplatz vereinten. Bei strahlendem Sonnenschein machten alle Redner deutlich, dass unter diesem Motto der wichtigste Schwerpunkt sei, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Eine Forderung, die besonders und seit längerem die Linkspartei.PDS auf ihre Fahnen geschrieben hat. Kein Wunder auch, dass gerade die kleine Bühne und der Stand der Linken durchweg dicht umlagert waren. Die Linksozialisten engagierten sich auch besonders in der Unterschriftenaktion „Sozialticket Brandenburg“. Während die SPD schon frühzeitig ihren Stand schloss, sammelten sich am PDS-Stand die Unterschriften. Großes Interesse fanden auch die Talk-Runden. So die zum Thema „Park-Bußgelder“. Hintergrund war hier der Beschluss der Landesregierung, dass die Schlösserstiftung in ihren Potsdamer Parkanlagen selbst Bußgelder eintreiben darf. Pete Heuer (Linkspartei.PDS), Mike Schubert (SPD) und Jürgen Stelter (Bündnisgrüne) waren sich weitestgehend einig in ihrer Kritik an diesem Beschluss. Weiter lieferten Hans-Jürgen Scharfenberg (MdB), SVV-Fraktionschef der Linken, und Finanzminister Rainer Speer (SPD) in ihrer Diskussion zur Finanzierung der anstehenden und geplanten Bauten in Potsdams Mitte einen Vorgeschmack auf den Kommunalwahlkampf im Herbst 2008. Und schließlich nutzten Politiker und BürgerInnen das Mai-Fest, um mit- und untereinander ins Gespräch zu kommen. *b.m.*



SPD musste sich outen: Mindestlohn im Landtag blockiert

In der letzten Ausgabe berichteten wir noch vom Spagat der SPD zwischen der gemeinsamen Unterschriftenkampagne mit dem DGB für den Mindestlohn und dessen Ablehnung durch den Koalitionspartner CDU. Die märkische SPD hat es da besonders schwer, denn sie kann als Großkoalitionär nicht mit dem Finger auf den Bund zeigen.

Die Linkspartei nahm die SPD beim Wort und beantragte im April einen Landtagsbeschluss, nach dem sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung für einen gesetzlichen Mindestlohn in bestimmten Branchen einsetzen soll, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientiert. Doch siehe da – die SPD-Abgeordneten stimmten mit der CDU mehrheitlich dagegen! Und das, obwohl sie mit zum Teil sogar wörtlich dem gleichen Text Unterschriften sammeln.

So lässt man sich ungern vorführen. Prompt hagelte es Vorwürfe der SPD, die PDS wolle einen Keil in die Koalition treiben und die SPD spalten. Für die Linkspartei erwiderte Fraktionschefin Kaiser,

dass derjenige Politikverdrossenheit fördere, der - wie SPD-Spitzenpolitiker - Unterschriften für Mindestlöhne sammle und dann im Landtag dagegen stimme. Was, mag sich der Bürger fragen, ist für eine Regierung eigentlich wichtig: Eine Koalition oder das, was man für die Bürger erreicht?

Politiker zum Mindestlohn:

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla am 04.04.2007: „Die Lohnfindung durch die Tarifpartner ist ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft.“

MdB Andrea Wicklein (SPD) 2005: „Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.“

MdB Christian Görke (Linkspartei) 2006: „Dadurch, dass alle Unternehmen den gleichen Lohn zahlen müssten, würden ruinöse Unterbietungswettläufe verhindert. Hinzu kommt, dass ... auch die dringend notwendige Binnennachfrage angekurbelt würde. Nicht zuletzt wäre ein

Mindestlohn sozial gerecht, weil er ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich begrenzen würde.“

Axel Vogel, Bündnis 90/Die Grünen, am 28.02.2007: „Für eine Friseurin in der Lausitz mit einem Bruttoverdienst von unter drei Euro ist es doch der blanke Hohn, wenn Wirtschaftsminister Junghanns Brandenburgs niedrige Arbeitskosten als Standortfaktor lobt.“

MdB Heinz Lanfermann (FDP) 2005: „Mindestlöhne (machen) Arbeit teurer, was die Kosten für die Unternehmen steigert und ihre Wettbewerbsfähigkeit schädigt.“

EU-Vizepräsident Günter Verheugen am 14.04.2007: „Wenn man nicht will, dass es (durch den Wegfall von Schutzregelungen – d. Red.) zu Lohnrückerei kommt, muss das europäische Recht auch in Deutschland konsequent angewendet werden. 20 EU-Staaten haben dieses Problem durch die Einführung von Mindestlöhnen gelöst, und kein einziger von ihnen hat damit auch nur die geringsten Schwierigkeiten.“

Begriffe:

Ein gesetzlicher **Mindestlohn** ist ein festgeschriebenes Arbeitsentgelt, das Beschäftigten als Minimum zusteht. Das Arbeitseinkommen kann als Stundenlohn oder monatliches Entgelt festgelegt sein.

Als **Kombilohn** bezeichnet man an die Aufnahme oder die Ausübung einer abhängigen Erwerbstätigkeit gekoppelte staatliche Transfers an Beschäftigte. Im Grunde handelt es sich um Lohnsubventionen seitens des Staates.

Das **Bürgergeld** ist ein theoretisches Konzept für eine Zahlungsverpflichtung des Staates an seine Bürger bei einem Einkommen unterhalb einer festgelegten Grenze.

DDR-Satire im Kino

Juni 1957

Am 01. Mai 1953 flimmerte erstmals eine Folge der satirischen Kurzfilmreihe der DEFA „Das Stacheltier“ über eine Leinwand (am 18. Juni 1965 übrigens die letzte). Über zwölf Jahre lang wurde versucht, mit den Mitteln der filmischen Satire Einfluss auf das Denken und Handeln der Menschen in der DDR zu nehmen. „Die Stacheltiere“ liefen in den Lichtspieltheatern der DDR als Vorfilme zu den eigentlichen Hauptfilmen – genauso wie „Der Augenzeuge“.

Am 14. Juni 1957 nun hatte die 100. Folge der „Stacheltier“-Reihe Premiere. Sie trug den Titel „Die Moritat vom Kies“. Regie führte Gottfried Kolditz, der auch das



Drehbuch schrieb. An der Kamera stand Hans Hauptmann und die Musik hatte Gerd Natschinski komponiert. Zu den

Darstellern zählten Wolf Kaiser, Hans Klehring und Heinz Schubert.

Worum ging es? Ein großer Kieshaufen wird auf einer Baustelle einfach abgekippt, da die Brigade dem Fahrer keinen richtigen Platz zuweist. Schließlich wird der Kies zum Neubaublock umgelagert. Dort spielen der Wind, die Kinder und der Regen ihm übel mit. Schließlich endet der Haufen als Füllstoff, da er bereits Lehm enthält. Und der Polier jammert, dass er über keinen Kies verfügt.

Eine Geschichte, die auf den Baustellen der DDR durchaus vorkam. „Das Stacheltier“ hatte in seiner 100. Folge nicht einmal satirisch überhöht.

Thälmann, Krause, Zitterbacke

1972 starb der Schauspieler Günther Simon

Juni 1972



Wohl kaum ein Schauspieler hat in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die DDR-Filmzene so geprägt wie der am 25. Juni 1972 verstorbene Günther Simon.

Nach Krieg, Gefangenschaft und Fortsetzung des Schauspielunterrichts, spielt der am 11. Mai 1925 Geborene in Köthen, Schwerin und Dresden Theater. Dann aber wird er für den Film entdeckt und gibt sein Debüt 1952 in „Das verurteilte Dorf“. Sein letzter DEFA-Film wird „Reife Kirschen“ (1972). Dazwischen liegen „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ (1954), „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ (1955) und die 5-teilige TV-Produktion „Krupp und Krause“ und „Krause und Krupp“ (1967-69). War mit solchen Klassen-Charakteren, die er durchaus glaubwürdig und überzeugend darstellen wusste, das größte Segment seines Schauspielerlebens ausgefüllt, so wusste Günther Simon auch in heiteren („Eine Handvoll Noten“, 1961), utopischen („Der schweigende Stern“, 1959), Kriminal- („Heroin“, 1970) und Kinderfilmen („Alfons Zitterbacke“, 1966) anschaulich zu überzeugen.

Heute erinnert die Günther-Simon-Straße in Potsdam-Drewitz an den großen Schauspieler der DEFA.

Die „IV. Parkfestspiele“ und die Einheit Deutschlands

Juni 1957

Am 08. und 09. Juni 1957 fanden die schon zur Tradition gewordenen Parkfestspiele statt. Es waren immerhin die IV. Neben der kulturell-künstlerischen Seite war ihnen ein starker politischer Stempel aufgedrückt. Es sollte Glauben gemacht werden, dass einzig die DDR an der nationalen Einheit Deutschlands interessiert sei. „Mit den Mitteln der Volkskunst“, so hieß es im Aufruf vom 05. Juni 1957, sollte der „Weg in ein einheitliches Deutschland“ geebnet werden. Und weiter wurde aufgerufen: „Gestalten wir gemeinsam die IV. Parkfestspiele zu einem starken Erlebnis, das uns allen die Kraft gibt, bewusst und konsequent den Kampf für den Frieden und die nationale Einheit unseres Vaterlandes gemeinsam zu führen.“

Zweifellos waren die IV. Parkfestspiele für die Potsdamer und ihre Gäste ein kulturelles Erlebnis besonderer Art. Weit über 1.000 Mitwirkende und Gäste sicherten ein breites Kultur- und Kunstangebot. Orchesteraufführungen, Liedvorträge, Tänze und vieles mehr bestimmten das Programm. Aber auch politische Gespräche. Gewerkschafter aus der BRD trafen sich mit Gewerkschaftern aus der DDR im Haus der Gewerkschaften in der Dortustraße, um über die Möglichkeiten zur Schaffung eines einheitlichen Deutschland zu diskutieren. Nicht nur Gäste aus Westdeutschland und West-Berlin, sondern auch aus Dänemark – und darauf war man besonders stolz – tummelten sich in Potsdam. Hervorgehoben sei der stark besuchte Buchbasar am

Chinesischen Teehaus, an dem sich die Schriftsteller Hans Marchwitza, Bernhard Seeger, Herbert Otto, Karl Stitzer, Kaspar Germann und H. J. Wille beteiligten.

Bei aller Kultur wurden nie der politische Aspekt – und auch am Ende das Eigenlob – vergessen. So heißt es abschließend zu den IV. Parkfestspielen in der „Märkischen Volksstimme“ vom 12. Juni 1957: „Aber etwas ist geblieben: das Gefühl und die Verantwortung, an einem entscheidenden nationalen Kulturtreffen mitgewirkt zu haben; denn sehr oft standen in diesen Tagen neben den kulturellen Fragen Probleme unserer Nation, unseres geteilten Vaterlandes im Mittelpunkt, wenn sich Deutsche aus Ost und West unterhielten.“

-rt

Am 14. Mai 2007, wäre Karl Schirdewan 100 Jahre alt geworden. Dieses Jubiläum nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zum Anlass, um gemeinsam mit den Fraktionen der Linkspartei.PDS im Brandenburger Landtag sowie in der Potsdamer SVV eine Veranstaltung zur Würdigung von Leben und Wirken des deutschen Kommunisten, antifaschistischen Widerstandskämpfers und demokratischen Sozialisten zu veranstalten. In Potsdams renommierter Veranstaltungsstätte „Altes Rathaus – Potsdam Forum“ hörten die zahlreich erschienenen Besucher den Vortrag des Historikers Prof. Siegfried Prokop „Karl Schirdewan (1907-1998) – Ein deutscher Sozialist“ und sahen anschließend gemeinsam mit der Witwe Gisela Schirdewan und weiteren Familienangehörigen den an der Babelsberger Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ produzierten Dokumentarfilm „Karl Schirdewan – wir sind ja so diszipliniert gewesen“. Für Regisseur Henry Köhler war es seine Abschlussarbeit an der Filmhochschule, die er 1988 begonnen hatte. 1990, begleitet von den fundamentalen Veränderungen im Osten Deutschlands, die die deutsche Vereinigung mit sich brachte, stellte er seine filmische Dokumentation fertig. Sie ist auch die Würdigung des „Jahrhundertlebens“ des 1998 im Alter von 91 Jahren verstorbenen Jubilars.

Karl Schirdewan wurde am 14. Mai 1907 in Stettin geboren. Er wuchs in einer Breslauer Pflegefamilie auf, die ihn adoptiert hatte. 1923, nach Abschluss der Mittelschule, ging er in die Lehre, wurde zugleich Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und zwei Jahre später der KPD. Bereits als Zwanzigjähriger arbeitete er hauptamtlich für die KPD. Schirdewan ging in den Untergrund und beteiligte sich am Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Bereits 1934 wurde er verhaftet und ein Jahr später wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Nazis deportierten Schirdewan nach Verbüßung seiner Haftstrafe zunächst in das KZ Sachsenhausen und später in die Konzentrationslager Mauthausen und Flossenbürg. Immerhin: Er hatte als 38-Jähriger Naziherrschaft und zweiten Weltkrieg überlebt. Aufgrund seiner Teil-



„Wir sind ja so diszipliniert gewesen“

Zur Erinnerung an Karl Schirdewan
Gedanken zum 100. Geburtstag

nahme am Widerstandskampf gehörte er ab 1948 dem Zentralvorstand der VVN und nach deren Auflösung 1953 der Zentraleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer an.

Nach der Befreiung im Mai 1945 war Schirdewan zunächst für die KPD in Bayern tätig, wechselte jedoch noch im Jahre 1945 nach Berlin in die Zentrale seiner Partei. Zunächst Mitarbeiter im SED-Parteivorstand übernahm er 1949 die Leitung der Westkommission. Weitere Stationen waren 1. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen bzw. der SED-Bezirksleitung Leipzig sowie ab Anfang 1953 Aufbau der ZK-Abteilung „Leitende Parteiorgane“. Im Mai 1953 stieg Schirdewan ins SED-Politbüro auf, wurde unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 auch zum Sekretär des ZK für „Kader- und Sicherheitsfragen“ und galt nun in der SED-Hierarchie als zweiter Mann nach Walter Ulbricht.

Schirdewan war jedoch nie ein Mann des bloßen Umsetzens einer vorgegebenen politischen Linie. Er dachte und handelte selbständig und geriet somit bald mit Ulbricht, der ihn offenbar als Konkur-

rent wahrnahm, in Konflikt.

Am 6. Februar 1958 ist Karl Schirdewan wegen vermeintlicher „Fraktionstätigkeit“ aus der SED-Führung ausgeschlossen und damit entmachtet worden. Zugleich erteilte man ihm eine „strenge Rüge“, die letztmögliche Strafe vor dem Parteiausschluss. Ulbricht hatte auf der 35. ZK-Tagung mit seinem Konkurrenten abgerechnet. Er habe sich „kurzsichtig gegenüber der materiellen und ideellen Diversionstätigkeit des Feindes verhalten und die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU opportunistisch ausgelegt“. Zugleich warf man ihm Fraktionstätigkeit gegen die SED-Spitze vor und bezog Ernst Wollweber, Fred Oelßner und Fritz Selbmann in die Kritik ein.

Nach seinem Rauschmiss arbeitete Schirdewan sieben Jahre als Leiter der Staatlichen Archivverwaltung des DDR-Innenministeriums, bis er 1965 in den Ruhestand trat. Aufgrund archivarischer Forschungen wissen wir heute, dass die Vorwürfe gegen Schirdewan von einer Gruppe um Walter Ulbricht, zu der auch Erich Honecker, Erich Mielke und Alfred Neumann gehörten, konstruiert worden sind. Es ging ihnen um die Ausschaltung eines politi-

schon Konkurrenten, der über die Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR konstruktiv nachgedacht hatte. Dabei hatte er sich vom Erkenntnisstand der Jahre 1956/57 und den Ergebnissen des XX. KPdSU-Parteitages leiten lassen und suchte nach Wegen zu einer sozialistischen Gesellschaft ohne die Verbrechen und die Strukturen des Stalinismus.

Die SED-Führung unter Erich Honecker hatte offenbar bereits Mitte der siebziger Jahre das Bedürfnis, den Umgang mit Schirdewan zu verändern. Die „strenge Rüge“ ist 1976 gelöscht worden. Schirdewan erhielt zu seinem 70. Geburtstag die Ehrensperre zum Vaterländischen Verdienstorden und zehn Jahre später den Orden „Stern der Völkerfreundschaft“. Außerdem wirkte er seit 1977 als Vorsitzender des Kreiskomitees Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Dennoch ist Karl Schirdewan erst 1990 durch die Schiedskommission der PDS rehabilitiert worden und hat bis zu seinem Tode am 15. Juli 1998 im „Rat der Alten“ beim PDS-Parteivorstand mitgewirkt.

Detlef Nakath

Mitreden in Potsdam - auch für die Ortsteile?

Der Souverän der Stadt Potsdam ist die Stadtverordnetenversammlung (SVV), die alle fünf Jahre bei den Kommunalwahlen gewählt wird – das nächste Mal 2008. Zur Zeit sind in Potsdam folgende Fraktionen vertreten (in Klammern die Zahl der Abgeordneten):

- Fraktion DIE LINKE. PDS (18)
- Fraktion SPD (10)
- Fraktion CDU (10)
- Fraktion BürgerBündnis/FDP (3)
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (3)
- Fraktion Die Andere (3)
- Fraktion FAMILIEN-PARTEI (2)

Obwohl gelegentlich von der „Schlosskoalition“ die Rede ist, weil SPD und CDU zur Frage des Landtags häufig gleich abstimmten, regiert der Oberbürgermeister in Potsdam mit wechselnden Mehrheiten.

Für einen Oberbürgermeister entscheiden sich die Potsdamer alle acht Jahre – die einzige hauptamtliche Wahlfunktion. Jann Jakobs wurde 2002 in sein Amt gewählt und wird es planmäßig bis 2010 inne haben.

SVV und Oberbürgermeister treffen auch die Entscheidungen für die Ortsteile.

Um den Ortsteilen mehr demokratische Mitspracherechte einzuräumen, wurden vor allem auf Drängen der PDS nach Bürgerumfragen 2003 darüber hinaus folgende Ortsbeiräte gewählt: Eiche,

Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren.

Lax könnte man formulieren: „Sie können fast überall mitreden, aber zu sagen haben sie nix!“ Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung steckt noch in den Kinderschuhen, da läuft nicht alles glatt. Immerhin wandern vor jeder Sitzung der SVV die Beschlussvorlagen in die Ortsbeiräte, die sich dazu äußern können, und regelmäßig treffen sich die Bürgermeister mit dem Oberbürgermeister. Doch in der Vergangenheit äußerten sich vor allem im Zusammenhang mit Bauvorhaben Mitglieder von Ortsbeiräten auch ziemlich frustriert, weil sie sich von der Stadtverwaltung übergangen fühlten.

Deshalb ist es wichtig, dass gerade die Bewohner der Ortsteile ihre Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung kennen und nutzen, wenn die Stadtverordneten für sie bedeutsame Entscheidungen zu treffen haben.

Wer sich einmischen, informieren oder zum Handeln auffordern will, kann zunächst an fast allen Sitzungen der Mitbestimmungsgremien teilnehmen. Ortsbeiräte und SVV kommen in der Regel einmal monatlich zusammen, die Termine und Tagesordnungen werden veröffentlicht beziehungsweise können erfragt werden im:

Büro der Stadtverordnetenversammlung, Friedrich-Ebert-Str. 79-81, Zi. 268,

Tel.: (0331) 289 1072, e-mail: sitzungsdienst@rat-haus.potsdam.de.

Zwischendurch treffen sich die Fraktionen und die parteiübergreifenden Ausschüsse, die Beschlüsse für die SVV zu speziellen Themenbereichen vorbereitend diskutieren und Empfehlungen dazu abgeben. Auch diese Sitzungen sind fast immer durchweg öffentlich.

Möchten Potsdamer hier bestimmte Anliegen ansprechen, sollten sie das vorher mit dem Sitzungsleiter abstimmen – gegebenenfalls über das Büro der SVV (s. o.).

Zur Zeit arbeiten in Potsdam folgende Ausschüsse und beratenden Gremien:

- Ausländerbeirat
- Ausschuss für Bildung und Sport
- Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
- Ausschuss für Finanzen
- Ausschuss für Gesundheit und Soziales
- Ausschuss für Kultur
- Ausschuss für Stadtplanung und Bauen
- Hauptausschuss
- Hauptausschuss als Werksausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft
- Rechnungsprüfungsausschuss

ed/Quelle: <http://ecol.potsdam.de>



Noch kann man kostenfrei das Fahrrad per Semesterticket mitnehmen. Dass das so bleibt – dafür werden allerorts derzeit Unterschriften gesammelt.

Fahrradmitnahme im RE1 soll kostenfreier Bestandteil des Semestertickets bleiben

Mit einem Antrag fordert die Linkspartei.PDS die Landesregierung auf, sich bei den Verhandlungen über die Weiterführung des Semestertickets dafür einzusetzen, dass die Fahrradmitnahme im RE1 zu den derzeit gültigen Vertragsbedingungen weiterhin gewährleistet wird.

Nach dem Willen der DB Regio soll die Fahrradmitnahme im RE1 für Brandenburger Studenten ab dem Wintersemester 2007 nicht mehr kostenfrei möglich sein. Studenten, die ihr Fahrrad im RE1 mitnehmen wollen, müssten dann zusätzlich eine Fahrradkarte zu monatlich 15 Euro erwerben – das wären 90 Euro pro Semester. Das wäre ein unverhältnismäßiger Mehraufwand für die Studierenden zu ihrem Semesterticket von 131 Euro und nicht akzeptabel. Ein wesentlicher Nutzungsvorteil des Semestertickets ist für viele gerade die Möglichkeit der Kombination von Fahrrad und ÖPNV.

Derzeit ist die kostenfreie Fahrradmitnahme in allen Verkehrsmitteln Bestandteil des Semestertickets. Das war ein zentraler Punkt beim Zustandekommen des Semestertickets.

Das Semesterticket für Brandenburger Studierende im Bereich des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) hat sich seit Jahren bewährt. Es fördert die umweltgerechten öffentlichen Verkehrsmittel und stärkt den Umweltverbund. Studierende können den ÖPNV im Verbundgebiet zu einem günstigen Preis nutzen, die Verkehrsunternehmen erzielen aus dem Semesterticket kontinuierliche und zuverlässige Einnahmen.

A. Tack / P.Jürgens

Wo bleibt die Kinderfreundlichkeit?!

Schulweg für Potsdamer Eltern teurer als in den Nachbarkreisen

Jeden Tag fahren Schüler aus Groß Glienicke, Eiche oder Fahrland morgens mit dem Bus zum Gymnasium in die Potsdamer Innenstadt und nachmittags wieder zurück. Ihre Eltern zahlen für eine Monatskarte 25,50 Euro. In unmittelbarer Nachbarschaft – in Werder, Stahnsdorf oder Michendorf – werden Eltern weit aus stärker entlastet.

Warum also nicht in der Landeshauptstadt, wo man doch vor allem die Bewohner der neuen Ortsteile willkommen heißen wollte? Und kinderfreundlich wollte Potsdam doch auch sein?

Wer die Fahrtkosten zahlt, die für den Besuch weiterführender Schulen anfallen, regelt das Brandenburgische Schulgesetz in seiner neuen Fassung vom Januar 2007. Danach sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der Schülerbeförderung. Sie sorgen, wenn erforderlich, für die Beförderung zur Schule oder erstatten die Fahrtkosten (§ 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes). Mit einer Satzung legen sie die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Schülerbeförderung oder Schülerfahrtkostenerstattung

fest. Doch was Potsdam-Mittelmark und Havelland recht ist, ist Potsdam noch lange nicht billig.

So kommt es, dass die Potsdamer Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 7. Juni 2006 im Paragraphen 6 der Satzung beschlossen: „Die Fahrtkosten bis zur Höhe des jeweils gültigen Tarifs AB im Gebiet der Stadt Potsdam sind durch die Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden bzw. deren Personensorgeberechtigte selbst zu tragen (Eigenanteil).“ Nur bei unzumutbarer Härte, wie beim Empfang von Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung oder von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, soll dieser Eigenanteil erlassen werden.

Der Ortsbeirat Groß Glienicke hingegen meint, eine Landeshauptstadt solle sich an kinderfreundlichen Nachbarn ein Beispiel nehmen. Dabei geht es nicht um die komplette Entlastung der Eltern. Der Ortsbeirat regt an, den Eigenanteil für das erste Schulkind auf 60, für das zweite auf 40 Prozent der Kosten zu reduzieren und lediglich bei Familien mit mehr als zwei Kindern vollständig zu erlassen.

Nachdem eine ähnliche Initiative im

vergangenen Jahr trotz sinkender Kinderzahlen bereits im Bildungsausschuss nur eine knappe Mehrheit gefunden hatte, scheiterte sie in der Stadtverordnetenversammlung:

Die Satzung benachteiligt Schüler aus Wohngebieten, die ihre Schule nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen, vor allem aber die Ortsteile. Deshalb startete der Ortsbeirat Groß Glienicke nun eine weitere Initiative zur Erstattung von Schülertransportkosten insbesondere für Eltern mit mehreren Kindern. Initiator Andreas Menzel (Bündnisgrüne), selbst Vater von drei Kindern, forderte nun auch die anderen Ortsbeiräte auf, sich zu diesem Thema zu positionieren.

In einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen wird dann erneut über das Thema diskutiert werden. Für die Potsdamer dürfte es interessant sein zu erfahren, wo ihre Abgeordneten angesichts der ehrgeizigen Bauvorhaben der Stadt Prioritäten setzen. Übrigens: Sollte der Antrag wieder scheitern, kann sich jeder Interessierte mit Vorschlägen zum Bürgerhaushalt engagieren!

Aus Internetforen des MBJS:

Max am 04.12.05:

„Hallo, ich finde es generell ein Unding, dass die Eltern eine Busfahrkarte mitfinanzieren müssen:

... Was können die Eltern dafür, dass immer mehr Schulen geschlossen werden und die Schüler in riesigen Gebieten zusammengekartt werden müssen, dass die Klassen voll werden!...

Dass in diesem Land wegen dieser Denkweise die Einheimischen bald Seltenheitswert haben, sieht keiner!“

Ronny 318 am 05.02.06:

„Wir müssen hier als Kostenbeteiligung für die Schülerbeförderung ... für das erste Kind im Jahr 174 Euro bezahlen, und wenn das zweite Kind soweit ist, kommen noch einmal 115 Euro dazu. Insgesamt sind das dann fast 290 Euro. ...

Irgendwann können die Eltern diesen Kostendruck nicht mehr standhalten. Und dann liest man das

„Programm für Familien- und Kinderfreundlichkeit“ des Landes Brandenburg vom 18.10.2005 mit z.B. dem „Leitziel 9: Familien wirtschaftlich stärken“ Spätestens an diesem Punkt verstehe ich unsere Landes- und Kommunalpolitiker nicht mehr. Was soll dieses Programm, wenn auf der anderen „Straßenseite“ Eltern geschöpft werden?“

Referat 14 Schulrecht und Lehrerbildung am: 03.03.06:

„Von den kreisfreien Städten berücksichtigt nur die Stadt Frankfurt (Oder) die Anzahl der Kinder, die Städte Cottbus und Brandenburg sehen dies wie Potsdam nicht vor. Eine Differenzierung der Elternbeteiligung wird zwar vom MBJS unter dem Gesichtspunkt der Sozialverträglichkeit und der Förderung von Familien mit Kindern für sachgerecht gehalten, das MBJS kann aber die Stadt Potsdam nicht dazu verpflichten.“

Mein Brecht
Carmen-Maria Antoni
&
Prof. Dr.
Ernst Schumacher

lesen Texte aus den 2006
bei Henschel erschienenen
Erinnerungen
des langjährigen
Brecht-Freundes
und herausragenden
DDR-Theaterkritikers
Ernst Schumacher.
Moderation: Hans Nadolny

**Sonntag, 24. Juni 2007
um 11.00 Uhr in Potsdam
Hans-Otto-Theater, Foyer**

Eine gemeinsame Veranstaltung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg und dem
Hans Otto Theater



Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e.V.
Dortstr. 53
(Abram)
14467 Potsdam

**Das HOT
erhebt einen
Unkostenbeitrag
von 5,- €**

Debatte im Landtag um das neue Schulgesetz

Das im Januar 2007 verabschiedete neue Schulgesetz des Landes Brandenburg wurde bereits lange kontrovers diskutiert. Nicht nur die Opposition fand kritische Worte, sondern auch Eltern und Pädagogen. Einige Meinungen zur Elternbeteiligung an den Schülerfahrtkosten seien hier auszugsweise zitiert:

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg am 01.07.2006:

„SPD und CDU sind nicht in der Lage, die erforderlichen Konsequenzen aus dem PISA-Debakel für Brandenburg zu ziehen, sie sind nicht bereit, mehr in Bildung zu investieren. ... Entgegen den Aussagen von Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) in den „schulpolitischen Ratschlägen“, in denen er selbst im Zusammenhang mit der Elternbeteiligung an den Schülerfahrtkosten Nachteile für die ländlichen Regionen einräumte und Abhilfe versprach, wurde das Schulgesetz an dieser Stelle (§112) nicht verbessert. Die 2003 eingeführte Kostenbeteiligung der Eltern an den Schülerfahrtkosten ist Ausdruck einer bildungs- und familienfeindlichen Politik von CDU und SPD auf Landesebene. Sie ist eine reine Kürzungsmaßnahme des Landes zu Lasten der Landkreise und der Eltern und führt zu einer Benachteiligung ländlicher Regionen.“

Landeselternrat Brandenburg (www.landeselternrat-brandenburg.de) am 25.11.2006

„Der Landeselternrat lehnt nach wie vor die Beteiligung der Eltern an den Schülerfahrtkosten generell ab. Hier wird über die finanziellen Möglichkeiten der Eltern bereits Einfluss auf Schulwahl und Zukunftschancen der Kinder genommen! ... Der Landeselternrat fordert die Landesregierung auf, die Schülerbeförderung als Mittel zur Sicherstellung der Schulpflicht und damit als Landesaufgabe zu betrachten.“

Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Gesetzentwurf am 12.12.2006:

„Die Landkreise und kreisfreien Städte sind Träger der Schülerbeförderung ... Die Schülerbeförderung ist für Schülerinnen und Schüler beitragsfrei zu gestalten. ... Vor allem sozial schwache Eltern fühlen sich überfordert, die von ihnen geforderten Kosten für die Beförderung ihrer Kinder zur Schule zu tragen. Besonders benachteiligt sind Kinder und Eltern im ländlichen Raum, und das um so mehr angesichts der zahlreichen Schulschließungen, die unweigerlich zu längeren Schulwegen und damit zu erhöhten Kosten führen werden. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung ist ein Weg zu mehr Chancengleichheit.“

Wir brauchen keine „Weltenbummler“ in Uniform

Kontroverse Debatte über Sinn und Unsinn der Auslandseinsätze der Bundeswehr / Konsequente Friedenspolitik nötig

Die Hochschulgruppe Die Linke. an der Universität Potsdam hatte den Presseoffizier des Einsatzführungskommandos, Fregattenkapitän Vogler-Wander, und den außenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Prof. Paech, in die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen und mit Hilfe des Moderators Tim Jäger aufeinander losgelassen.

Einigkeit bestand am Ende zwischen den beiden Diskussionsteilnehmern immerhin in einem Punkt: Ein ziviler Aufbau von Infrastruktur in Krisengebieten ist nötig und sinnvoll. Vorausgegangen war allerdings eine in weiten Teilen sehr kontroverse Debatte über den Sinn oder Unsinn der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Schnell wurde klar: die Soldaten im Einsatz sind die falschen Adressaten für Unmut und Kritik. Der Bundestag entscheidet über die Entsendung der Bundeswehr in mittlerweile 10 Auslandseinsätze. Die Mehrheiten im Parlament müssen sich ändern, wenn dieser Unsinn aufhören soll.



Unter starker Beteiligung der rund 25 TeilnehmerInnen wurde ein großer Bogen geschlagen von der noch heute gültigen Definition der Bundeswehr als Verteidigungsarmee über die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen und der „Notwendigkeit der Sicherung des Zugangs zu lebenswichtigen Rohstoffen“ (Vogler-Wander) bis hin zum aktuellen Tornado-

Einsatz. Dabei prallten immer wieder die konträren Vorstellungen aufeinander. Während Prof. Paech auf dem Gewaltmonopol der UNO und deren Einsätzen in sehr begrenzten Fällen beharrte, war für den Fregattenkapitän Vogler-Wander die Teilnahme an „kämpferischen Einsätzen“ keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen.

Ein insgesamt informativer und unterhaltsamer Abend, der eines gezeigt hat: im Bundestag ist wenigstens eine Kraft nötig, welche eine konsequente Friedenspolitik vertritt.

Peer Jürgens, MdL
Hochschulgruppe Die Linke.

Kontakt:
info@die-linke-hochschulgruppe.de



Physiotherapie

Voitel

Inh. Jaqueline Ihnow

**Fachphysiotherapie für
neurologische
und
Extremitätenschäden**

- Ganzheitliche Therapie
- Manualtherapie
- Therapie nach Bobath und Vojta
- Skoliotherapie nach Schroth
- SRT-Zeptoring

**Hebbelstraße 6
14469 Potsdam
Tel. 0331 2800 453**

„Potsdamer Sangesfreunde“ wurden 50



Aus Anlass des 50. Jubiläums des Chores „Potsdamer Sangesfreunde“ fand ein Festkonzert im Bürgerhaus am Schlaatz statt. Mitwirkende waren das Bläserquintett der Musikschule „Johann Sebastian Bach“, der Frauenchor „cantabella“, Geltow, der Märkische Bauhandwerkerchor und der Gastgeber – der Gemischte Chor der „Potsdamer Sangesfreunde“.

Das Repertoire reichte vom deutschen Volkslied bis hin zu spanischen Volksweisen. In seiner Festansprache ging Dieter Rottstock, der Vorsitzende der Sangesfreunde, auf die Entwick-

lung des Chores ein. Dieser ging aus dem Betriebschor des GHK Lebensmittel hervor und trat zu wichtigen Höhepunkten auf. So auch zu den X. Weltfestspielen 1973. Auch an zahlreichen Leistungsvergleichen nahm der Chor teil und konnte mit guten bis sehr guten Ergebnissen aufwarten. Mehrfach wurde das Ensemble geehrt. U. a. 1983 mit dem Titel „Ausgezeichnetes Volkskunstkollektiv“.

Nach 1990 wurde der Chor Mitglied im Brandenburger Chorverband. Mit 5 Auftritten war der Chor auch an der Gestaltung der BUGA 2001 beteiligt.

Er nahm weiter an den Landesmusikfesten 2004 und 2005 erfolgreich teil. Das Chorleben bestand und besteht aber nicht nur aus der „reinen Chorarbeit“. Viele schöne gemeinsame Fahrten wurden unternommen.

Dieter Rottstock bedankte sich bei allen Mitwirkenden des Festkonzerts. Insbesondere bei der derzeitigen künstlerischen Leiterin des Chores, Elena Kryshanowskaja, die durch ihr großes künstlerisches Können dem Chor neue Impulse gab. Wir wünschen den Sangesfreunden auch weiterhin viele Erfolge.

Kurt Matthias

Max braucht 'nen neuen Schulhof

Schüler, Lehrer und Eltern der Grundschule 12 „Gerhart Hauptmann“ mühen sich um eine schöne Umgebung

Seit kurzem ist der Schulhof der altherwürdigen Grundschule 12 in der Brandenburger Vorstadt ein einziger großer Farbtupfer. Genauer besehen, finden die Kinder viele bunte Hopsepunkte, die sie in den Pausen ihres Schulalltags nun sehr rege nutzen:

Die kleine Runde, die Froschrunde, markieren gelbe und orangefarbene Anlauf- und Landekreise für die jüngsten Grundschüler, blau und grün bedeuten die „Froschrunde“ für die mittleren Jahrgänge,

die größten Sprünge machen naturgemäß die „Kängurus“ auf dem violetten Weg.

Kurz vor dem jüngsten „Tag der Offenen Tür“ hatten sich Schüler, Eltern und Lehrer getroffen, um den Schulhof zunächst mit Farbe kreativer zu gestalten. Das war der erste praktische Schritt, nachdem die Kinder im Unterricht und in Projekten eigene Vorstellungen für einen schöneren Schulhof entwickelt hatten.

Nun gibt es auch ein weitergehendes Modell: Der Hof soll vor allem mit einigen

Holzelementen zum Klettern und Balancieren bereichert werden. Dafür hat der Förderverein der Schule schon einige Gelder gesammelt. Zugleich sucht der Verein weitere Unterstützer wie Firmen oder engagierte Menschen mit Angeboten für die praktische Umsetzung der Pläne. Denn Max, Marie und all die anderen brauchen ihren Schulhof – so schön, wie es eben geht!

Sebastian Köhler, Elternvertreter an der GS 12 „Gerhart Hauptmann“

Kontaktadresse des Fördervereins: Frau R. Hänel, gs_12@t-online.de, Telefon 2897460



Bespitzelung einstellen!

Am 15. Mai 2007 haben der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ und der Bundesinnenminister Schäuble (CDU) den „Verfassungsschutzbericht 2006“ vorgestellt. Wie auch in den vergangenen Jahren wird der linkspartei-nahe Jugendverband, [solid] – die sozialistische Jugend, als linksextremistischer Verband eingeschätzt, den es zu überwachen gelte.

„Schon seit unserer Gründungszeit 1998/99 werden wir systematisch überwacht“ erklärt Norbert Müller, Bundessprecher des Jugendverbandes. „Wir wissen inzwischen, dass ein großer Teil unserer AktivistInnen auf Orts-, Landes- und Bundesebene bespitzelt werden. Anfang des Jahres haben wir erfahren, dass z.B. über BundessprecherInnen nach ihrer Wahl Personalakten durch den Verfassungsschutz angelegt werden. An die 40 aktive und ehemalige BundessprecherInnen sind so seit 1999 überwacht worden. Das Berufsverbotsverfahren gegen den

Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy hat gezeigt, wohin diese systematische Bespitzelung führen kann.“

Darüber hinaus entgingen dem Verband auch wegen der Überwachung durch den „Verfassungsschutz“ seit 2000 über eine halbe Million Euro, wie Irene Köppe, Bundesschatzmeisterin von [solid], erklärt. Die Bundesregierung nutze die Arbeit ihres eigenen Geheimdienstes, um [solid] von der rechtmäßigen Förderung auszuschließen. „Wir sehen in der Überwachung auch ein Instrument des Staates, uns die Förderung, die alle anderen großen Parteienjugendverbände genießen, zu verwehren und damit uns, weil wir ‚Linke‘ sind, zu benachteiligen“, führt Irene Köppe aus.

„Es kann nicht sein, dass ein Geheimdienst entscheidet, ob der Jugendverband einer im Bundestag vertretenen Partei gleichberechtigt mit anderen zu behandeln ist, oder eben nicht. Deswegen klagen wir gegen die uns seit Jahren

verwehrte Förderung aus Bundesmitteln“, so Felix Pithan, ebenfalls Bundessprecher des Jugendverbandes. Es gehe aber nicht in erster Linie ums Geld: „Das Hauptproblem ist die dauerhafte Überwachung unseres Jugendverbandes und seiner Mitglieder“, so Pithan weiter. So seien erst vor kurzem Mitglieder des Jugendverbandes bei einem Deeskalationstraining für die G8-Proteste von der Polizei kontrolliert worden. Diese habe inzwischen zugeben müssen, dass es keinen Anlass für die Kontrolle gab, und die Rückgabe der beschlagnahmten Handys zugesichert.

Aus den Ereignissen der letzten Wochen zieht der Bundessprecher eine klare Konsequenz: „Gerade vor dem jetzt anstehenden G8-Gipfel fordern wir ein Ende der Überwachung und Kriminalisierung progressiver Bewegungen. Geheimdienste sind undemokratisch und gehören aufgelöst!“

[solid] Brandenburg

Nach Redaktionsschluss: „linksjugend solid“ gegründet

Am 20. Mai 2007 hat sich im Berliner KOSMOS der neue Jugendverband der neuen Partei „DIE LINKE“ gegründet. Er führt den Namen „linksjugend solid“ und setzt sich aus den ehemaligen, so genannten Quellstrukturen [solid] Junge Linke; WASgeht-Jugend und jungen Parteimitgliedern zusammen, die bisher keiner Jugendstruktur angehörten. Der Verband vereint fast 8.000 Mitglieder. Dem Vorstand gehören aus Brandenburg Irene Köppe (Bundesschatzmeisterin) und Katalin Gennburg an.

Wie weiter nach der Urabstimmung?

DIE LINKE. kommt

Am 19. Mai wurde im Berliner Karl-Liebknecht-Haus die Urabstimmung über die Gründung der Partei Die LINKE. ausgemessen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen haben 46.041 Mitglieder mit JA gestimmt, das sind 96,9 Prozent. Mit NEIN stimmten 1.484 Mitglieder, das sind 3,1 Prozent. Damit haben die Mitglieder der Linkspartei.PDS mit überwältigender Mehrheit der Verschmelzung mit der WASG zugestimmt.

Die Abstimmung der WASG für die Verschmelzung zur LINKEN ergab folgendes Ergebnis:

Ja: 83,9 %, Nein: 15,1 %, Ungültig: 1,0 %

An der Urabstimmung beteiligten sich 5512 Mitglieder; das ergibt eine Wahlbeteiligung von 49,8 Prozent.

Das Ergebnis vermittelt eine deutliche

Zustimmung der Mitglieder beider Parteien für die Verschmelzung – einziger Wermutstropfen ist die Beteiligung an der Urabstimmung. Diese war nicht so hoch, wie erwartet.

Der Parteitag wurde für den 15. und 16. Juni 2007 nach Berlin einberufen. Im Estrel-Convention Center werden genau genommen zwei Parteitage stattfinden. Zunächst beraten WASG und Linke.PDS getrennt und wählen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den zukünftigen Parteivorstand. Am zweiten Tag werden dann – und zwar gemeinsam von den Delegierten beider Parteien – der Beschluss über die Gründung der Partei DIE LINKE. gefasst und der Vorstand sowie Finanzrevisionskommission und Schiedskommission gewählt.

Formal betrachtet existiert die WASG dann nicht mehr. Die Linke.PDS ist laut Verschmelzungsvertrag die so genannte „übernehmende Partei“. Dennoch vollzieht sich auf politischer Ebene der Prozess auf gleichberechtigter Basis – auch das sieht der Verschmelzungsvertrag vor.

Die Potsdamer Linkspartei pflegt von Anfang an eine intensive Zusammenarbeit mit der örtlichen WASG. Schon seit November vergangenen Jahres ist für den WASG-Kreisvorsitzenden ein Vorstandsplatz bei der Linken „reserviert“. Der Wechsel an der Spitze der WASG macht jedoch eine Nachwahl auf dem nächsten Kreisparteitag im November – der dann bereits gemeinsam durchgeführt wird – erforderlich. Der bisherige Vorsitzende Peter Lange hat aus beruflichen Gründen den Vorsitz abgegeben. Der neue Vorsitzende ist Hans-Jörg Rudolph. PAS wird ihn in seiner nächsten Ausgabe vorstellen. Damit ist dann auch in Potsdam zusammengewachsen, was im gemeinsamen Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und immer wieder gegen Hartz IV schon lange zusammen wirkt.

Die neue Partei billigt übrigens ihren Kreisverbänden ein höheres Maß an Eigenständigkeit zu. So können eigene Satzung und Finanzordnung beschlossen werden. Spätestens das überraschend erfolgreiche Abschneiden der LINKEN bei der Wahl in Bremen zeigte, wie wichtig Kompetenz vor Ort ist. Nur so lässt sich ein verlässliches Fundament an langfristigen Wählervertrauen aufbauen, dass sich in guten Wahlergebnissen auf allen Ebenen widerspiegelt. *Pete Heuer*

Landesverband	JA	NEIN	UNGÜLTIG	SUMME	Anteil Ja	Anteil Nein	Beteiligung
Summenliste - Gesamt							
Baden-Württemberg	400	19	4	423	96,5	4,5	89,9
Bayern	354	37	0	391	90,5	9,5	57,8
Berlin	7.208	183	30	7.421	97,4	2,6	84,7
Brandenburg	7.632	213	24	7.869	97,3	2,7	82,1
Bremen	107	3	1	111	97,3	2,7	53,9
Hamburg	160	26	1	188	88,5	11,5	57,8
Hessen	456	31	0	487	93,6	6,4	68,0
Mecklenburg-Vorpommern	5.327	136	28	5.491	97,5	2,5	89,9
Niedersachsen	641	48	4	693	93,0	7,0	87,2
Nordrhein-Westfalen	965	41	4	1.010	96,0	4,0	64,6
Rheinland-Pfalz	223	13	1	237	94,5	5,5	52,1
Saarland	334	11	5	350	96,8	3,2	58,2
Sachsen	11.125	358	49	11.532	96,8	3,2	89,5
Sachsen-Anhalt	4.679	128	29	4.836	97,3	2,3	79,9
Schleswig-Holstein	240	7	1	248	97,2	2,8	66,1
Thüringen	6.049	218	42	6.309	96,5	3,5	88,8
Partei Vorstand	89	5	1	95	94,7	5,3	74,2
Summe	46.041	1.484	222	47.747	96,9	3,1	83,6

Dabei sein – Mitmischen! Für eine starke Linke!

Juni 2007 als „Monat des Neumitglieds“
Lust auf die parlamentarische Arbeit in der Fraktion, einem Ortsbeirat oder als sachkundiger Bürger?
Oder eher auf originelle Aktionen und „Druck von der Straße“ über den Kreisverband?
Oder könnte eine thematische Arbeitsgruppe interessant sein, wie Veranstaltungen, Soziales oder Stadtentwicklung?
Dann bitte melden beim Kreisvorsitzenden der Linken, Pete Heuer, Alleestraße 3, 14469 Potsdam, Telefon 0331 – 2 00 09 33.
(Mehr im Internet unter www.sozialisten.de)

„Eine neue Linke? Das ist doch nur alter Wein in neuen Schläuchen – und in die Partei kann man doch nicht gehen!“ – Ähnliches ist gelegentlich an den Instanzen der Linkspartei zu hören. Tatsächlich ist nicht alles neu: Auch die neue Linke fühlt sich der sozialen Gerechtigkeit, dem Frieden und einer wirklichen Demokratie verpflichtet, die jedem Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht. Alt, aber nicht übel: Man weiß ja, dass so mancher Wein mit den Jahren besser wird...

Doch auch Neues schadet der Qualität nicht: In der Wendezeit zwangen die Umstände die PDS, sich so kritisch wie keine andere Partei mit ihrer Vergangenheit als SED auseinander zu setzen. Bis heute dauert dieser schwierige Disput an, Biografien sind damit verknüpft. Nicht zuletzt dieser schmerzhafteste Prozess führte dazu, dass nur 5 Prozent der früheren SED-Mitglieder der PDS beitraten – vor allem wohl Idealisten, denn der Karriere war das weniger zuträglich. Inzwischen verlangen die WASG-Mitglieder aus den alten Bundesländern neue Blickwinkel

und erneut ein gründliches Überdenken eigener Positionen.

Eine Partei, die in so kurzer Zeit so gewaltige Entwicklungen erlebt und übersteht, hat allemal Kraft für Großes! Und nötig ist es – die Ungerechtigkeiten wie Hartz IV, Gesundheitsreform, G8, Naturkatastrophen in Armutsregionen spitzen sich zu und wirken weltweit. Ein eigenes politisches Profil der SPD ist kaum noch erkennbar, SPD-Linke sind verunsichert, man wählt aus Verzweiflung die Hartz-IV-(Mit-)Macher Bündnis 90/Die Grünen, die weder sozial noch friedenspolitisch konsequent agieren. Es wird Zeit für eine echte Linke, und die ist jetzt da und bringt Schwung „in den Laden“!

Aber mal ehrlich: Kann so eine oppositionelle Kraft überhaupt etwas bewirken? Sie kann. Im Osten ist die Linke in den kommunalen und Landesparlamenten ein fester Faktor, bringt eigene Initiativen ein oder macht politischen Druck auf die Regierungen. Und auch der Druck von der Straße ist nicht zu verachten, wie derzeit gegen den Golf-Krieg oder jetzt zum Mindestlohn.

„Eure Vorschläge sind ja gut gemeint, aber wie das bezahlt werden soll, wisst Ihr auch nicht!“ – auch das hört man öfter von Potsdamern. Falsch. Mit ihren Vorschlägen zum Beispiel für ein Bürgergeld, einen öffentlichen Beschäftigungssektor oder für den Mindestlohn verbindet die Linke regelmäßige Finanzierungs-vorschläge. Doch die Einflussreichen in dieser Gesellschaft sprechen nicht gern darüber, dass man Vermögende stärker besteuern, rentable Großunternehmen weniger entlasten oder Politikerprivilegien beschneiden könnte.

Die neue Linke will konstruktive Vorschläge für eine gerechtere Politik in die Bevölkerung tragen. Dafür braucht sie möglichst viele Mitstreiter, die in Parlamenten, Vereinen oder auch eigenen Arbeitsgemeinschaften für sie mitmischen! Das kann man als parteiloser Sympathisant, als Mitglied oder sogar mit einer „Mitgliedschaft auf Probe“. Wer neugierig ist auf die neue Bewegung oder selbst ein bisschen mehr Schwung hineinbringen will, ist willkommen!

-ed-

Chance für die Brache in Drewitz

Im Interview: Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL), Chef der Potsdamer Linksfraktion

Völlig überraschend hat die Linksfraktion im Rahmen ihres allmonatlichen Frühschoppens mit dem Unternehmen PORTA einen Investor für die Brache in Drewitz präsentiert. Wie kam es dazu?

Die PDS-Fraktion hat sich seit langem für eine sinnvolle Gestaltung dieser zentralen Fläche eingesetzt. Wir wollten dort den Freizeitpark mit einem Freizeitbad haben und standen dabei in großer Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung. Das ist bekanntlich am Unwillen der Verwaltungsspitze der Stadt gescheitert. Wir haben den Oberbürgermeister aufgefordert, die Brache endlich zu einem vorrangigen Anliegen der Stadtentwicklung zu machen. Das magere Ergebnis war der Antrag des Oberbürgermeisters zur Ansiedlung eines großen Baumarktes, obwohl der Potsdamer Süden bereits reichlich mit Baumärkten versorgt ist. Der Antrag fiel durch. Es ist eigentlich logisch, dass sich die Investoren jetzt an die Fraktion gewandt haben, die am engsten mit der Brache in Drewitz verbunden und am stärksten an einer sinnvollen Gestaltung interessiert sind.

Letztlich war es die Linksfraktion, die mit ihren 18 Stimmen verhindert hat, dass mit Hornbach eine große Baumarktkette in Drewitz angesiedelt wird. Warum engagieren Sie sich jetzt für ein Einrichtungshaus an dieser sensiblen Stelle?

Ein weiterer Baumarkt hätte nichts gebracht außer einer enormen Verschärfung der Konkurrenzsituation. Wünschenswerte Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Gebiet von Sport und Freizeit usw. sind unter den konkreten Voraussetzungen nicht durchsetzbar. Das gilt auf lange Sicht. Da Potsdam kein Einrichtungshaus hat und mit einer solchen Ansiedlung eine deutliche Lücke im Angebot einer Landeshauptstadt geschlossen werden kann, standen wir dem Vorschlag von PORTA von vornherein aufgeschlossen gegenüber. Eine solide Investition in Höhe von 30 Millionen Euro und die Schaffung von etwa 250 Arbeitsplätzen sind kein Pappenstiel. Dazu trägt auch die positive Ausrichtung des Unternehmens bei.

Der Oberbürgermeister und seine Baubeigeordneten waren nicht über das Vorhaben informiert. Die SPD-Fraktion war sichtlich düpiert. Hätte man nicht anders vorgehen müssen?

Ich weiß nicht, ob diese Frage auch gestellt würde, wenn die SPD-Fraktion den Investor vorgestellt hätte. Nach meiner Ansicht ist es nur ein Zeichen für Normalität, wenn sich ein ernsthafter Investor nach der Vorgeschichte des Standorts an die stärkste Fraktion wendet und für sein Vorhaben wirbt. Wir haben uns dafür entschieden, keine Geheimniskrämerei zu machen, sondern in die Offensive zu

gehen und als erstes die Bewohner der drei Wohngebiete Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld zu befragen. Das Ergebnis war positiv. Im übrigen darf man nicht vergessen, dass der Oberbürgermeister durch einen Beschluss der Stadtverordneten zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für diese Fläche gebunden ist, der erst durch einen anderen Auftrag aufgehoben werden muss.

Wie wollen Sie das Anliegen weiter vorantreiben?

Die Linksfraktion hat für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. Juni einen Antrag eingereicht, mit dem die Ansiedlung eines Einrichtungshauses auf der Brache in Drewitz befürwortet und ein klarer Handlungsauftrag an den Oberbürgermeister erteilt wird. Wenn für das Einrichtungshaus im Unterschied zum Baumarkt eine breite Zustimmung in der Bevölkerung gegeben ist und ein eindeutiges Signal von der Stadtverordnetenversammlung ausgeht, dann sind gute Voraussetzungen für eine zügige Aushandlung eines städtebaulichen Vertrages vorhanden. Die Vertreter von PORTA haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, sich den Gegebenheiten des Standorts anzupassen. Man kann dabei sicher auch auf die Vorarbeiten zurückgreifen, die im Zusammenhang mit dem Baumarkt geleistet worden sind. Ich halte es für möglich, dass das Einrichtungshaus schon im nächsten Jahr seine Pforten öffnet.



Gelungener Auftakt: PORTA stellte bei „Rathausreport live“ sein Projekt (Modell rechts) vor. Jetzt ist die Stadtverordnetenversammlung gefragt.

Zukunftsfähiges Stadtzentrum braucht keine Abrissbirne

Der Bauausschuss der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung votierte gegen den Erhalt des Gebäudes der Fachhochschule am Alten Markt. Schon der Beschluss zur Verlegung der Potsdamer Fachhochschule an den Stadtrand war seinerzeit keine sehr kluge Entscheidung. Spätestens im Jahre 2011 werden die letzten Studenten aus der Stadtmitte verschwunden sein. Wenn nun auch noch die Architektur aus DDR-Zeiten auf dem Weg zurück zu den Hohenzollern beseitigt werden soll, kann wohl kaum noch von einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung die Rede sein. „Ich fordere die Entscheidungsträger der Landeshauptstadt auf, über eine sinnvolle Nutzung des Gebäudes nachzudenken, anstatt das für öffentliche Einrichtungen sehr gut

geeignete und anpassungsfähige Haus in exzellenter Lage zu vernichten“, so Anita Tack (MdL).

Jetzt auch SPD für Tempolimit

Nach langem Zögern tritt nun auch die SPD Brandenburg für ein Tempolimit von 130 km/h ein. Wir unterstützen diese Entscheidung und begrüßen, dass die SPD den konkreten Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz erkannt hat. Das schließt ein, dass das Integrierte Verkehrskonzept (IVK) der Landesregierung mit der Zielsetzung der Senkung des CO₂-Ausstoßes radikal überarbeitet werden muss.

Da der Bundesverkehrsminister Tiefensee immer noch ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen ablehnt, erwarten wir, dass kraft des brandenburgischen Verkehrsministers und der SPD die Forderung nach einem Tempolimit auf Bundesebene durchge-

setzt werden kann. Die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen ist bereits im Landtagswahlprogramm der PDS aus dem Jahr 2004 nachzulesen. Im Rahmen der aktuellen Klimaschutzdebatte haben wir diese Forderung erneuert und im März hatte die Linkspartei-Fraktion einen Antrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich in den Landtag eingebracht. Das Tempolimit ist ebenso Bestandteil des Antrags wie z. B. die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss überwiesen. Angesichts der klimapolitischen Einsichten in der SPD gehen wir nun davon aus, dass sie nach der öffentlichen Anhörung am 31.5.2007 unserem Landtagsantrag zustimmen wird und das Tempolimit zur Realität wird.

Anita Tack, Linksfraktion im Landtag

tipps & termine++tipps & termine

So, 3. Juni, 11 Uhr: Sonntagsvorlesung der Uni Potsdam „Über Gene und Pflanzen“, Prof. Dr. Lothar Willmitzer (Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie Potsdam), Altes Rathaus - Potsdam Forum, Am Alten Markt 1

Mo, 4. Juni, 14.30 bis ca. 16.30 Uhr: Film „Mit Kamera und Kochbuch unterwegs – auf dem Dach der Welt“ mit landestypischer Speise und Getränk, Dahlweid Stiftung, Zentrum-Ost, Anmeldung erbeten

Mi, 6. Juni, 10 Uhr: Vorstellung des Buches „Die Entstehung der Mark Brandenburg“ mit Prof. Dr. Assing, Dr. Lutz Partenheimer, Stadt- und Landesbibliothek, Am Kanal 47

Fr–So, 8.–10. Juni: Gewaltfreie Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm siehe <http://www.heiligendamm2007.org>

So, 8. Juni, Hochschulinformationstag der Universität Potsdam, Uni-Komplex Golm, Karl-Liebknecht-Str. 24/25

So, 10. Juni, 11 Uhr: Sonntags-Matinee „Maria Stuart“ von Friedrich von Schiller, RLS, Hans Otto Theater, Schiffbauergasse

Mo, 11. Juni, 14.30 Uhr: Zeitzeugen - „Senioren lesen für Senioren“, Dahlweid Stiftung

Di, 12. Juni, 14.30 Uhr: „Altberliner Nachmittag mit viel Musik“, Dahlweid Stiftung

Di, 12. Juni, 12–18 Uhr: „Gift für die Freundschaft zwischen den Völkern? Russland – Berichterstattung in deutschen Medien“ mit Dirk Sager (Korrespondent/ZDF), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

Do, 14. Juni, 18.00 Uhr: Vortrag und Diskussion „Die Linke in Lateinamerika – Uruguay“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

Sa, 16. Juni: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei, Berlin

So, 17. Juni, 17, 11 Uhr: Film „Über die Schwelle“, Diskussion mit Walter Ruge und Stefan Mehlhorn, RLS, Filmmuseum, Marstall

Di, 19. Juni, 14.30 Uhr: Gespräch „Unsere Freundschaftsinsel im Hochsommer – es wird durchgeblüht“ mit Dr. Herbert Schlomm, Dahlweid Stiftung

Mi, 20. Juni, 16.15 Uhr: Informationsveranstaltung „Suchtprävention- Aktuelle Problemlage“ der Uni Potsdam mit Ingrid Weber (Brandenburgische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V.), Uni-Komplex Golm, Karl-Liebknecht-Str. 24/25, Haus 14, Raum o.45

Sa, 23. Juni, 15 Uhr: Lesecke mit der Schriftstellerin Brigitte Birnbaum, Haus der Linkspartei.PDS, Alleestraße 3

Mo, 25. Juni, 14.30 Uhr: Video-nachmittag „Naturparadiese unseres Kontinents“ mit Karl Kreuz, Dahlweid Stiftung

Di, 26. Juni, 14–17 Uhr: „TTT – Tausend Takte Tanzmusik“, Dahlweid Stiftung

Mi, 27. Juni, 13.30 bis ca. 17 Uhr: Skatturnier „18, 20, Buben 'raus“ mit kleinen Preisen für alle Teilnehmer, Dahlweid-Stiftung

Fr, 29. Juni, 29, 18 Uhr: Film „Dann fangen wir von vorne an“ über Theodor Bergmann, (Über)Leben eines kritischen Kommunisten im 20. Jahrhundert, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

Sa, 30. Juni, 11 Uhr: Arbeitskreis Linke Behindertenpolitik der Linkspartei.PDS, Bürgerhaus Stern*Zeichen

Sa, 30. Juni, ab 16 Uhr: Hochschulsummerfest im Rahmen des ‚Festival contre le racisme‘, Uni Potsdam / AstA, Uni-Komplex Am Neuen Palais

Sa, 30. Juni, 14 bis 16 Uhr: Stadtpaziergang „Unsere Freundschaftsinsel im Hochsommer – es wird durchgeblüht“ mit Dr. Herbert Schlomm, Treffpunkt: Lange Brücke, Inseleingang



Die 14. Brandenburgische Seniorenwoche der Stadt Potsdam findet unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – heute und morgen“ vom 10. bis 17. Juni 2007 statt.

Sie wird vom Seniorenbeirat der Stadt Potsdam – ein gewähltes Gremium von ehrenamtlichen Seniorinnen und Senioren – mit Unterstützung der Stadtverwaltung durchgeführt.

Im Programm u.a.:

Seniorenwoche

Freitag, 08. Juni 2007, 10.00–20.00 Uhr Informationsveranstaltung im Stern-Center Potsdam, von Wohlfahrtsverbänden und Seniorengruppen, Einrichtungen der Altenhilfe mit mehr als 40 Ständen, Unterhaltungsprogramm auf zentraler Bühne

Montag, 11. Juni 2007, 14.30 Uhr Eröffnungskonzert im Nikolaisaal, „Ich lade gern mir Gäste ein“, Melodien aus Oper und Operette mit dem Brandenburgischen Konzertorchester Eberswalde

Dienstag, 12. Juni 2007, 14.30 Uhr Seniorenklub Allee-Straße 3 (Haus der Linkspartei.PDS) „Einer von uns“ Walter Ruge, Potsdam liest aus „Der durch den Nissej schwamm“ – für Interessenten nochmals das Filmporträt „Über die Schwelle“

Dienstag, 12. Juni 2007, 15.00–17.00 Uhr Mitsingeveranstaltung der Chöre der Volkssolidarität, Freilichtbühne der Freundschaftsinsel

Mittwoch, 13. Juni 2007, 15.00–17.00 Uhr Senioren-Tanznachmittag, „Käthe-Kollwitz-Haus“, Zum Jagenstein 20 (Waldstadt II)

Donnerstag, 14. Juni 2007, 10.00 Uhr Seniorenstammtisch: Bürgergespräch des Seniorenbeirats, Seniorenpolitik in Brandenburg – Überlegungen für Potsdam, Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße (Stern)

Freitag, 15. Juni 2007, 14.00–16.00 Uhr, „Schiff ahoi“ – Fahrt ins Blaue, Seenrundfahrt mit der Weißen Flotte Potsdam, Bläserquartett „Blechzeit“ an Bord

Sonntag, 17. Juni 2007 Abschlusskonzert mit Handglocken- und Tonstabchor Caputh, St. Peter und Paul Kirche, Bassinplatz Potsdam

Eintrittskarten für Konzerte usw. sowie ausführliches Programm der Seniorenwoche erhältlich im Seniorenbüro, Stadtverwaltung Potsdam, Dienstag und Donnerstag 9.00–12.00 Uhr, Tel. 2 89 34 36